

Ä22 zu A-6: Zivilgesellschaft im Nahen Osten schützen - Gerechten Frieden schaffen

Antragsteller*innen Landesvorstand RLP (dort beschlossen am:
01.07.2025)

Antragstext

Von Zeile 23 bis 26 löschen:

palästinensische Bevölkerung vertreiben zu wollen. Mittlerweile hat die israelische Armee eine Offensive eingeleitet, um diese Ziele durchzusetzen. Diese Beispiele zeigen das völkerrechtswidrige Vorgehen Israels. ~~Diese Position deckt sich mit der Einschätzung internationaler Gerichte. Der Internationale Gerichtshof ermittelt derzeit wegen des Verdachts auf einen Völkermord gegen Israel.~~ Im Januar 2024 verpflichtete er Israel, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, wie etwa die Gewährleistung humanitärer Hilfe und die Verfolgung öffentlicher Aufstachelungen, um einen Genozid in

Begründung

Diese Aussage transportiert keinen belastbaren Inhalt. Südafrika hat Israel vor dem internationalen Gerichtshof des Völkermordes bezichtigt. Der internationale Gerichtshof muss diesen Vorwürfen verpflichtend nachgehen, egal wie plausibel sie sind. Diese Ermittlung beweist nicht, ob die Anschuldigungen Stichhaltig sind oder nicht.